

P R O T O K O L L
der 375. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 24. Mai 2016
Zeit	19.30 – 20.55 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Raaflaub Ruth
Mitglieder	Aebersold Jürg, Anrig Marc, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brunner Joe, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Humm Martin, Jordi Kevin, Kästli Marc, Kempf Stefan, Kneubühler Peter, Lauper Reto, Legler Bettina, Mäder Renate, Mallepell Elisabeth, Müller Frei Lisa, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Muinde Gabriele, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, von Gunten Adrian, Waber Rudolf, Wegmüller Beat, Weibel Raphael
Stimmzählende	Brunner Joe, Reimers Markus
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Rutschi Reto, Finanzverwalter (Traktandum 4) Mutzner Mario, Leiter Soziale Dienste
Entschuldigt abwesend	GGR: Brügger Yong (Nachfolge von Beat Marti, forum, vakant)
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 12

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 22. März 2016	513
2	Planungs- und Verkehrskommission; Ersatzwahl	513
3	Wahl Rechnungsprüfungsorgan	513
4	Jahresrechnung 2015 der Gemeinde Muri bei Bern	513
5	Verwaltungsbericht 2015 der Gemeinde Muri bei Bern	517
6	Sanierung und Erweiterung Doppelkindergarten Horbern; Verpflichtungskredit	519
7	Lehrschwimmbecken Melchenbühl, Instandstellungsarbeiten; Verpflichtungskredit	522
8	Sportzentrum Füllerich; Sanierung der Gebäude und der Aussenanlagen; Kreditabrechnung	524
9	Rahmenkredit baulicher Unterhalt von Gemeindestrassen 2016	525
10	Postulat Regionalkommission Muri BE; Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen	526
11	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	526
12	Neue parlamentarische Vorstösse	527

Die Vorsitzende eröffnet die 375. Sitzung. Das Sitzungsgeld hätten die GGR-Mitglieder bereits erhalten, zusammen mit einem Flyer über die neue 50er-Note, den sie bei der Nationalbank organisiert habe. Damit für alle klar sei: Die CHF 50.00 seien nicht von ihr, sondern es handle sich um das Sitzungsgeld.

Die Vorsitzende stellt die Anwesenheit von 38 Ratsmitgliedern fest. Sie begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, den Vertreter der Presse sowie die Zuhörer im Saal. Speziell begrüsse sie als neues GGR-Mitglied Eva Schmid als Nachfolgerin von Barbara Fitze Wehrle in der SP-Fraktion. Sie bitte Eva Schmid, sich kurz vorzustellen.

Eva Schmid: *Ich wohne seit 2 Jahren in Muri-Gümligen. Von Beruf bin ich Korrektorin und Redaktorin des Tagblattes des Grossen Rates. Ich freue mich, hier zu sein.*

Die Vorsitzende begrüsst zusätzlich seitens der Verwaltung Finanzverwalter Reto Rutschi, welcher beim Traktandum 4 zur Verfügung stehen werde. Speziell begrüsse sie sodann Mario Mutzner, neuer Leiter Soziale Dienste, und sie bitte auch ihn, sich in einigen Worten vorzustellen.

Mario Mutzner: *Ich bin seit 1. April 2016 als neuer Leiter Soziale Dienste bei der Gemeinde tätig. Ich bin mit offenen Armen willkommen geheissen worden und es war schön, so anzufangen; ich habe aber ganz viel zu tun. Vorher war ich 10 Jahre lang bei der Bewährungshilfe des Kantons Bern in Thun, noch vorher 4 Jahre beim Sozialdienst Interlaken und noch vorher 10 Jahre beim Sozialdienst Thun. Ich wohne in Thun und pendle jetzt hin und her.*

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 22. März 2016

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Planungs- und Verkehrskommission; Ersatzwahl

Die Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 31. Dezember 2015 zurückgetretene Barbara Stalder Ritschard schlage die SP Muri-Gümligen Felix Lukas Stotz (parteilos), Blümlisalpstrasse 12, Muri, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Felix Lukas Stotz wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Planungs- und Verkehrskommission gewählt.

3 Wahl Rechnungsprüfungsorgan

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnung 2016 wird die Firma BDO AG, Burgdorf, gewählt.

4 Jahresrechnung 2015 der Gemeinde Muri bei Bern

Die Vorsitzende orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Reto Rutschi, Finanzverwalter, zur Verfügung.

Beat Wegmüller führt aus, vorab bedanke er sich im Namen der GPK bei der Finanzverwaltung für die grosse Arbeit im Zusammenhang mit dieser Jahresrechnung. Der ausführliche Vorbericht und die transparente Darstellung der Rechnung erwähne er besonders. Im Weiteren danke die GPK der gesamten Verwaltung für die gute Budgetdisziplin und das kostenbewusste Verhalten bei den Ausgaben. Die GPK habe den Bericht und die Rechnung im Beisein des Finanzverwalters ausführlich besprochen und behandelt. Er verzichte darauf, auf alle Details der Rechnung einzugehen.

Grundsätzlich liege eine erfreuliche Jahresrechnung vor. Es gelte allerdings zu berücksichtigen, dass die Rechnung dank ausserordentlichen Steuererträgen so positiv ausgefallen sei. Rund CHF 3,2 Mio. mehr Steuern als budgetiert seien eingegangen.

Aus diesem Grund dürfe man punkto Finanzen und Steuern in der Gemeinde Muri nicht euphorisch oder übermütig werden. Wie bereits erwähnt, sei ebenfalls erfreulich, dass der Aufwand überall tiefer als budgetiert ausgefallen sei. Kritisch habe sich die GPK mit den Investitionen auseinandergesetzt. Auch wenn der GPK bewusst sei, dass Investitionsprojekte von verschiedenen Faktoren abhängig seien, sei der Realisierungsgrad mit nur 41 % im Jahr 2015 bescheiden ausgefallen. Es wäre deshalb erstrebenswert, wenn die Investitionen über mehrere Jahre konstanter ausfallen würden. Hier sei der Gemeinderat gefordert. Die GPK sei der Meinung, dass der Nachkredit im Betrag von rund CHF 4,9 Mio. für zusätzliche Abschreibungen im Hinblick auf die neue Abschreibungspraxis unter HRM2 sinnvoll und zweckmässig sei. Die GPK unterstütze die drei Anträge des Gemeinderats auf Seite 21 der Rechnung einstimmig und bitte den Rat um Zustimmung.

Thomas Hanke führt aus, der Gemeinderat habe Ende 2015 gewusst, dass ein solider Abschluss vorliegen werde. Der Ertragsüberschuss von CHF 4,8 Mio. sei dann aber auch für den Gemeinderat eine Überraschung gewesen. Eine Besserstellung gegenüber dem Budget von CHF 5,6 Mio. habe der Gemeinderat so nicht abschätzen können und diese beruhe – wie Beat Wegmüller bereits ausgeführt habe – vor allem auf Steueremehrträgen. Hier gelte es aber zu berücksichtigen, dass die Steuererträge nicht aus Veranlagungen 2014, sondern aus früheren Jahren oder aus Sondersteuern resultieren würden. Negativ bei solchen Veranlagungen falle auf, dass sie einen "touch" von Einmaligkeit hätten. Es sei also pro futuro nicht erneut mit derartigen Überraschungen zu rechnen. Im Weiteren wolle er an dieser Stelle allen Personen mit Ausgabenverantwortung danken, da ein Einhalten der Budgetpositionen eine solide Grundlage für eine solide Finanzpolitik bilde. Nebenbei könne man auch noch davon profitieren, dass die FILAG-Abgaben über drei Jahre im gleichen Durchschnitt berechnet würden und die diesbezüglichen Leistungen geringer als ursprünglich angenommen ausgefallen seien. Dass zudem wegen dem tiefen Investitionsgrad tiefere Abschreibungen vorliegen würden, sei eine logische Folgeerscheinung.

Dem Antrag sei zu entnehmen, dass mit dem Überschuss übrige Abschreibungen getätigt werden sollen. Dieser Prozess sei fundiert evaluiert worden. Varianten wären gewesen: Vollständige Zuweisung an das Eigenkapital oder eben Abschreibungen, vollständig oder Mittellösungen. In der Finanzkommission und im Gemeinderat sei eine Entscheidungsmatrix, eine SWOT-Analyse, vorgenommen worden. Diese habe zum vorliegenden Antrag auf vollständige Zuweisung an übrige Abschreibungen geführt, mit dem Erfolg, dass über die nächsten 12 Jahre weniger HRM1-Vermögen abgeschrieben werden müsse und dies zu fixen jährlichen Entlastungen von rund CHF 400'000.00 führe. Beat Wegmüller habe bereits angesprochen, dass der Realisierungsgrad der Investitionen (Seite 16 des Berichts) 41,4 % ausmache und hier stelle sich die Frage der Gewichtung. Er habe Reto Rutschi gebeten, eine Liste der Realisierungsgrade über die letzten 10 Jahre zu erstellen; sie liege auf den Tischen auf. Der Realisierungsgrad sei jeweils Stand 31. Dezember; ein Monat später sehe es bereits wieder anders aus. Er wolle nichts "schönreden", aber beim Betrachten der Liste könne man feststellen, dass ein Durchschnitt von 73 % vorliege; angestrebt werde ein Grad von 85 %. Ein einmaliger Ausreisser nach unten dürfe ebenso wenig gesondert betrachtet und ihm zu viel Gewicht beigemessen werden, wie der letztjährige einmalige Ausreisser nach oben. Auf Seite 27 der Rechnung finde sich die Zusammenfassung der Investitionen und auf Seite 65 die Details. Dort sehe man z.B. unten, dass bei der Position Kindergarten CHF 853'000.00 im Investitionsplan – Stand Juni des letzten Jahres, als er entstanden sei – enthalten gewesen seien. Man sehe, wie wenig habe realisiert werden können, da es eben Verschiebungen gebe. Die Summe aller Positionierungen – zeitlich, oder da Zusatzabklärungen nötig seien, oder da Zusatzbewilligungen benötigt würden – ergebe dann eben den tiefen Realisierungsgrad. Er wolle aber nichts schönreden und der Gemeinderat sehe

auch, dass die Abläufe intern optimiert werden könnten. Er habe Massnahmen angepackt und gehe davon aus, dass diese auf das neue Jahr umgesetzt werden könnten und wenigstens in dem Bereich, wo die Realisierung von Investitionen besser gesteuert werden könne, auch ein Fortschritt erzielt werde. Alles in allem bitte er den Rat um Zustimmung zu den gestellten Anträgen.

Die Vorsitzende erklärt, da die Jahresrechnung zwingend durch das Parlament beraten werden müsse, werde die Eintretensfrage nicht gestellt. Sie schlage folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Für die Detailberatung schlage sie vor, diese in die folgenden Teile aufzuteilen: Vorbericht, Zusammenzüge, Abschreibungstabelle, Verpflichtungskreditkontrolle, Nachkreditabelle, Detaillierte Auswertungen.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Beat Schmitter führt namens der FDP/jf-Fraktion aus, Jahresabschlüsse könnten kaum beeinflusst werden. Sie würden vor allem der Geschichtsschreibung und der Erfolgskontrolle dienen, müssten aber auch beim Blick in die Zukunft berücksichtigt werden, damit man keine groben Fehler begehe. Die Fraktion habe die vorliegende Jahresrechnung intensiv angeschaut. Sie sei zufrieden über das positive Resultat und habe den Überlegungen von Gemeinderat und Verwaltung grossmehrheitlich zustimmen können. Er wolle hier nicht alles wiederholen, was bereits gesagt worden sei, aber der FDP/jf-Fraktion sei die grosse Disziplin bei den Ausgaben aufgefallen. Ebenfalls sei ihr aufgefallen, dass der Realisierungsgrad schwankend sei und man diesbezüglich vielleicht für ein "Glätten" besorgt sein müsste. Sie habe auch festgestellt, dass die höheren Steuereinnahmen keine Tendenz darstellen würden, sondern dass es eventuell nächstes Jahr schon wieder ganz anders aussehen werde. In der Gemeinde bestehe das Prinzip "keine Steuern auf Vorrat" und es könnte der Ruf nach einer Steuersenkung entstehen. Er nehme an, dass der Gemeinderat dies sehr sorgfältig prüfen und dem Parlament eine Lösung vorschlagen werde. Er habe das Gefühl, dass sich der Gemeinderat einer gewissen Zurückhaltung befleißigen werde. An dieser Stelle wolle er dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Arbeit danken; es handle sich um einen grossen Zahlenkrieg. Die FDP/jf-Fraktion beantrage dem Rat, den drei gemeinderätlichen Anträgen zuzustimmen.

Patrick Rösli erklärt namens der forum-Fraktion, die Jahresrechnung sei insgesamt erfreulich ausgefallen. Er nehme im Namen des forums zu drei Punkten Stellung:

1. Es sei eine hohe Unschärfe zwischen Rechnungsergebnis und Voranschlag festzustellen:
Die Besserstellung der Rechnung 2015 gegenüber dem Voranschlag betrage rund CHF 5,6 Mio. Im Umkehrschluss müsse Muri-Gümligen also damit rechnen, dass es einmal zu einer unerwarteten Schlechterstellung über mehrere Millionen Franken kommen könnte. Diese grosse unerwartete Lücke zwischen Voranschlag und Rechnungsergebnis – so erfreulich sie für die Jahresrechnung 2015 auch sei – empfinde die forum-Fraktion als relativ unbefriedigend.
2. Zu tiefer Realisierungsgrad bei den Investitionen:
Die Jahresrechnung 2015 weise einen Realisierungsgrad bei den geplanten Nettoinvestitionen von 41,4 % aus. Dieser Realisierungsgrad sei aus Sicht des forums zu tief. Er erachte die Initiative des Gemeinderats als sehr begrüssenswert, die personellen Ressourcen bei den entsprechenden Bereichen zu analysieren und gegebenenfalls Ressourcen zu erhöhen, allenfalls temporär.
3. Zu den Anträgen des Gemeinderats:
Die forum-Fraktion stimme den Beschlüssen 1 und 2 zu und nehme Punkt 3 des Antrags zur Kenntnis.

Christian Spycher führt aus, die SVP-Fraktion habe die Jahresrechnung 2015 zur Kenntnis genommen und nehme wie folgt Stellung: Dem Voranschlag 2015 mit einem Aufwandüberschuss von rund CHF 787'000.00 sei das Ergebnis eines eigentlichen Ertragsüberschusses von rund CHF 4,8 Mio. gegenüberzustellen. Die SVP unterstütze den Antrag der Finanzkommission, den gesamten Ertragsüberschuss den übrigen Abschreibungen zuzuweisen, womit aufgrund der künftigen Abschreibungspraxis unter HRM2 in den nächsten 12 Jahren jährliche Entlastungen der Jahresrechnung von rund CHF 400'000.00 entstehen würden. Die SVP-Fraktion erwarte nun unter dem Projekt Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP) die Arbeitsplatzbewertung und die umfangreiche Auseinandersetzung mit der Strukturprüfung im Liegenschaftsbereich. Die Leseart der Jahresrechnung ermögliche im Kapitel 5.3 den Vergleich zum Voranschlag nach Arten und man könne feststellen, dass beim Sachaufwand rund CHF 362'000.00 weniger Ausgaben getätigt worden seien. Die SVP stütze die Praxis, dass Ende Jahr die Budgetkontingente nicht ausgeschöpft werden müssten. Wenn begründete Ausgaben zu tätigen seien, könne dies mit einem Nachkredit durchaus erlaubt werden. Die SVP verfolge weiterhin die Arbeiten des Gemeinderats und empfehle die vorliegenden Anträge zur Annahme.

Rudolf Waber erklärt namens der SP-Fraktion, das erfreuliche und ausgeglichene Jahresergebnis basiere in erster Linie auf einem höheren Steuerertrag im Berichtsjahr. Dieses Resultat sei aber nicht auf die vor kurzem erfolgten Steuererhöhungen zurückzuführen. Dass der eigentliche Ertragsüberschuss für übrige Abschreibungen verwendet werde, mache aus Sicht der SP Sinn. Die daraus entstehenden Entlastungen unter der neuen Abschreibungspraxis in den nächsten Jahren gebe künftig für die Abschreibungen aus dem bestehenden Verwaltungsvermögen Spielraum. Bei der Jahresrechnung falle auf, dass die Finanzverwaltung die Aufwandpositionen gut im Griff habe. Die gute Kostenkontrolle erstrecke sich über alle Bereiche, auch wenn dies in den Bereichen "Soziales" resp. "Bildung" nicht immer einfach sei. Die angestrebte Restriktion, den Sachaufwand zu plafonieren, sei eingehalten. Aufgrund der schlechteren Jahresergebnisse der Jahre 2012-2014, die als Basis zur Berechnung des Lastenausgleichs gedient hätten, erfolge daraus logischerweise ein tieferer Finanzausgleich. In den kommenden Jahren könne sich dies jedoch zu Lasten der Rechnungsabschlüsse verändern. Die generell tiefere Investitionstätigkeit im Berichtsjahr habe auch tiefere Abschreibungen nach sich gezogen. Für die Rechnung sei dies zwar positiv, die SP frage sich aber schon, weshalb verschiedene geplante Projekte nicht hätten ausgeführt werden können. Die Finanzverwaltung habe einen sehr guten Job gemacht und setze ihre hohe Fachkompetenz sehr gut ein. Der Personalaufwand in der Verwaltung habe sich in den letzten 6 Jahren nur um CHF 100'000.00 erhöht. Unter diesem Aspekt habe das Personal auch seinen Teil zum guten Ergebnis geleistet. Die SP-Fraktion stelle demnach fest, dass der Gemeinderat resp. die Verwaltung mit der guten Arbeit zu diesem Ergebnis beigetragen hätten. Letztendlich bedanke sich die SP für den roten Punkt auf dem Muri-Logo.

Detailberatung

Vorbericht, S. 2-21

Keine Wortmeldungen.

Zusammenzüge, S. 22-28

Keine Wortmeldungen.

Abschreibungstabelle, S. 29

Keine Wortmeldungen.

Verpflichtungskreditkontrolle, S. 30-37

Keine Wortmeldungen.

Nachkreditabelle, S. 38 + 39

Keine Wortmeldungen.

Detaillierte Auswertungen, S. 40-75

Keine Wortmeldungen.

Eventualverpflichtungen, Anhang 1

Keine Wortmeldungen.

Rechnung Feuerwehr Allmendingen-Muri-Gümligen (AMG), Anhang 2

Keine Wortmeldungen.

Bericht der Revisionsstelle

Keine Wortmeldungen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Beat Wegmüller noch von Thomas Hanke verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Genehmigung eines Nachkredites für übrige Abschreibungen zu Lasten der Laufenden Rechnung 2015 von CHF 4'896'973.48.
2. Genehmigung der nach Vornahme der übrigen Abschreibungen ausgeglichen abschliessenden Jahresrechnung 2015.
3. Kenntnisnahme der Nachkredite in der Kompetenz des Gemeinderates.

5 Verwaltungsbericht 2015 der Gemeinde Muri bei Bern

Daniel Arn führt aus, die GPK habe den vorliegenden (Schmetterlings-) Verwaltungsbericht 2015 der Gemeinde Muri sehr genau studiert und mit grosser Freude zur Kenntnis genommen. Wie jedes Jahr biete der Verwaltungsbericht Einblick in die unendlichen oder endlichen Winkel unserer Gemeinde oder wenigstens in die Verwaltung. Wie am Schnürchen sei alles aufgelistet, alle Ressorts würden zur Sprache bzw. zu ihren Buchstaben kommen. Der Bericht sei süffig zu lesen, wenn auch nicht alle Ressorts mit dem gleichen Detaillierungsgrad aufwarten würden. Die Verwaltung habe – und er spreche nun nicht nur für die GPK, sondern auch für die Fraktionen – im Jahr 2015 einen sehr guten Job gemacht; volksnah und zwischendurch auch einmal bereit, unkompliziert etwas zu machen und zu handeln. Er wolle diesbezüglich auf einen Punkt auf Seite 46 verweisen, wo ein Quartier ein Bedürfnis geäussert und Unterschriften gesammelt habe. Es habe ein Gespräch mit der Gemeinde bzw. den Verantwortlichen der Verwaltung gegeben. Anlässlich dieses Gesprächs sei am Tisch über einen Vorschlag entschieden worden und dieser sei heute bereits ausgeführt. Dies zeige ihm – der aus der Industrie komme –, dass es möglich sei, dass sogar in der Verwaltung schlanke Prozesse gefahren würden. Die Verwaltung sei auch dafür besorgt, dass die Einwohnerzahl stabil gehalten werden könne. Im Jahr 2015 seien 46 kg Pilze kontrolliert worden, davon seien 0,2 kg tödlich gewesen; man stelle sich einmal vor, was da hätte passieren können. Im Namen der GPK und aller Fraktionen bedanke er sich ganz herzlich, nicht nur für den Bericht, sondern für die ganze im Jahr 2015 geleistete Arbeit. Die GPK empfehle dem Grossen Gemeinderat einstimmig, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. *Der Verwaltungsbericht 2015 der Gemeinde Muri bei Bern wird genehmigt.*
2. *Die drei Postulate gemäss Kapitel 28.2 werden als erfüllt abgeschrieben.*

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend kapitelweise Beratung.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Gabriele Siegenthaler Muinde führt aus, die forum-Fraktion schliesse sich den Ausführungen des GPK-Sprechers – der ja auch im Namen der forum-Fraktion gesprochen habe – vollumfänglich an und unterstütze selbstverständlich die Anträge des Gemeinderats. Das forum möchte trotzdem mit dem Rat einige Beobachtungen teilen, die beim Lesen des Verwaltungsberichts 2015 gemacht worden seien. Man habe den Bericht ein wenig anders gelesen, als in den Vorjahren, da man ihn einmal mit einem Leseraster habe unter die Lupe nehmen wollen. Das Leseraster habe man anhand der Bestimmungen in der Gemeindeordnung entwickelt, aber auch anhand dessen, was man in der Literatur über strategische Führung in öffentlichen Körperschaften lesen könne. Das Leseraster enthalte beispielsweise Fragen wie:

- Wie steht es um die Umsetzung der strategischen Vorgaben?
- Was wird zur Wirkung der Umsetzung dargestellt (Wirkungsmessung)? Kann man feststellen, ob man auf Kurs ist?

Oder man habe geprüft, ob das Stichwort "Legislaturziele" im Verwaltungsbericht auftauche, was nicht der Fall sei. Wenn man noch eine Stufe tiefer gehe und die erste Massnahme der Legislaturziele, nämlich die Umsetzung des Richtplans Landschaft suche, so sei der Begriff Richtplan Landschaft ebenfalls nicht zu finden. Sie wolle nicht ausschliessen, dass inhaltlich tatsächlich Informationen zur Umsetzung des Richtplans Landschaft im Bericht enthalten seien. Aber für den Leser sei es relativ schwierig, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, wo man mit dieser Umsetzung stehe, ob man auf Kurs sei, ob allenfalls etwas Spezielles vorgefallen sei, wo man für die Zukunft irgendetwas anpassen müsste. Es handle sich vorliegend um eine Rückmeldung von Beobachtungen des forums. Dies bedeute nicht, dass der Verwaltungsbericht schlecht sei, sondern es gehe um die Frage, welche Funktionen der Bericht erfüllen sollte. Das forum würde sich freuen, wenn sich der Rat bei anderer Gelegenheit und in anderer Form Gedanken darüber machen könnte, was für den Verwaltungsbericht 2016 sinnvoll wäre und ob gewisse Anpassungen vorgenommen werden müssten. Ebenfalls würde sich das forum darüber freuen, wenn der Gemeinderat an diesen Überlegungen Interesse hätte, müsse er doch schlussendlich dazu beitragen, dass die Diskussionen auf der richtigen Ebene stattfinden würden.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde, Seiten 6 + 7

Keine Wortmeldungen.

Grosser Gemeinderat, Seiten 8-19

Keine Wortmeldungen.

Gemeinderat, Seiten 20-25

Keine Wortmeldungen.

Präsidiales, Finanzen, Planung, Region, Seiten 27-35

Keine Wortmeldungen.

Bau, Seiten 36-39

Keine Wortmeldungen.

Sicherheit, Verkehr, Seiten 40-47

Keine Wortmeldungen.

Bildung, Seiten 48-51

Keine Wortmeldungen.

Jugend, Kultur, Sport, Seiten 52-58

Keine Wortmeldungen.

Gesundheit, Soziales, Seiten 59-65

Keine Wortmeldungen.

Umweltschutz, Seiten 66-71

Keine Wortmeldungen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Daniel Arn als auch Thomas Hanke verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2015 der Gemeinde Muri bei Bern wird genehmigt.
2. Die drei Postulate gemäss Kapitel 28.2 werden als erfüllt abgeschrieben.

6 Sanierung und Erweiterung Doppelkindergarten Horbern; Verpflichtungskredit

Christian Spycher führt aus, die GPK habe sich eingehend mit der Frage beschäftigt, ob diese Sanierung und Erweiterung des Doppelkindergartens mit der stolzen Summe von rund CHF 1,7 Mio. die richtige Lösung sei. Bei näherer Betrachtung habe man festgestellt, dass die Sanierungsarbeiten nach Kostenschätzung auf ca. CHF 900'000.00 bis CHF 1'000'000.00 zu liegen kämen und die Frage "Sanierung oder Neubau" sei dahingehend beantwortet worden, dass das Gebäude nach einem Abbruch nicht mehr in dieser Grösse gebaut werden könnte und sich eine neue Standortsuche aufdrängen würde. Die Erweiterung mache ca. CHF 700'000.00 bis CHF 800'000.00 aus und das neue Raumangebot biete die Möglichkeit, grössere Klassen zu bilden. Die detaillierten Pläne würden vorliegen und die Kommission habe sich zusätzlich mit der Schulraumplanung und den Prognosen über die zukünftigen Schülerzahlen befasst. Die GPK sei bei ihrer Beurteilung, ob das Geschäft in dieser Grössenordnung umfangreich und ausführlich abgeklärt worden sei, einstimmig zum Schluss gekommen, dem Grosse Gemeinderat zu empfehlen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Barbara Künzi erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, nach der erfreulichen Rechnung mit dem Riesenüberschuss und dem niedrigen Investitionsgrad komme sie nun und hätte gerne vom Rat CHF 1,6 Mio. für die Sanierung und Erweiterung des Doppelkindergartens Horbern. Es liege eine ausführliche Botschaft vor, welcher zu entnehmen sei, weshalb CHF 1,6 Mio. beantragt würden. Man wolle nicht nur eine

Sanierung, nach welcher der Kindergarten gleich gross wie jetzt sei, sondern eine Erweiterung, welche den pädagogischen Anforderungen an einen heutigen Kindergarten entspreche. Obwohl der Sprecher der GPK schon Diverses gesagt habe, wolle sie noch einige Ausführungen zu Fragen machen, die im Vorfeld oder beim Lesen der Botschaft aufgetaucht seien. Für 2016 würden Anmeldungen für 48 Kinder vorliegen. Die Prognosen für die nächsten 5 Jahre würden bei 45 bis 55 Kindern liegen. Wenn man den Kindergarten kenne wisse man, dass sich die Räume nicht für zwei Gruppen à je 25 Kinder eignen würden. Dies sei sicher eine der Begründungen für eine Erweiterung. Für noch genauere Hochrechnungen, wie viele Kinder aus dem Gebiet Mettlen-Villette zu erwarten seien, müsste man Stephan Lack fragen; die Hochrechnungen gingen schon bis fast pränatal.

Weshalb kein Neubau? Es handle sich um einen Bau aus dem Jahr 1955. Die Grenzabstände seien aus heutiger Sicht massiv unterschritten worden. Die Parzellengrösse betrage rund 1090 m² und bei einem Abriss könnte nicht auf diesem Grundriss wieder gebaut werden, es müssten die neuen Abstände gemäss Baureglement 1994 eingehalten werden. Nicht zu vergessen sei, dass der Kindergarten erhaltenswert sei. Es seien Generalplanerteams eingeladen worden, ihre Projekte für eine Erweiterung vorzustellen. Zur Auswertung der Projekte sei auch der Denkmalpfleger beigezogen worden, da man gewünscht habe, dass er hinter der Sanierung und Erweiterung des Gebäudes stehe. Eine Frage, die aufgetaucht sei, betreffe den Blitzschutz. Wir seien nicht verpflichtet, für dieses Gebäude einen Blitzschutz zu installieren, dies habe man vorabgeklärt. Wenn aber das Parlament der Meinung sei, man sollte einen solchen vorsehen, werde man probieren, diesen noch in den Kostenvoranschlag einzubauen. Nach ihrem Wissen würde der Blitzschutz nicht mehr als CHF 10'000.00 kosten, vermutlich eher weniger. Für Parkplätze werde kein Nachweis benötigt; das Baubewilligungsverfahren laufe über den Regierungsstatthalter, dort habe man ebenfalls eine Voranfrage gestartet. Zur Frage, weshalb energetisch nicht noch besser saniert werde, als der GEAK für den Kindergarten vorschlage: Dies würde vermutlich ein- einhalb Mal oder doppelt so teuer zu stehen kommen. Ebenfalls sei die Frage aufgeworfen worden, ob noch Einsprachen eingehen könnten. Sie hoffe es nicht, könne es aber nicht verhindern; dies könne sie bei keinem Projekt, welches sie dem Rat vorlege. Im Vorfeld habe man mit den Nachbarn gesprochen, daher habe sie nicht das Gefühl, dass Einsprachen eingehen würden. Der Zeitplan sei so kalkuliert, dass er auch bei Eingang einer Einsprache eingehalten werden könnte.

Ein letzter Punkt – und dieser habe auch in der Bevölkerung viel zu reden gegeben – sei die Frage, was während der Bauzeit passiere. Zuerst habe man den ehemaligen Kindergarten Egghölzli mit einem zusätzlichen Container im Garten in Aussicht genommen. Es seien dann Rückmeldungen von Eltern eingelangt, wonach sie dies nicht so grandios finden würden. Dazu sei gekommen, dass man eine Container-Offerte eingeholt und den Regierungsstatthalter vorfrageweise angefragt habe, ob man diesen so erstellen könne. Es sei dann die Auflage gekommen, den Container energetisch aufzubessern und man sei deshalb kostenmässig an die Grenzen gestossen.

Ein kleiner Wermutstropfen sei, dass der direkt betroffene Nachbar beim Eingangsbereich seine Zustimmung zu einem Näherbaurecht verweigert habe. Man werde deshalb einen Abstand zu seiner Grenze von einem Meter einhalten und das Objekt einen Meter zurücksetzen müssen. Sie denke aber, dass damit der Schönheit des Eingangsbereichs kein Abbruch getan werde. Sie stehe mit Leib und Seele hinter diesem Projekt, habe es auch von Anfang an verfolgt und würde sich freuen, wenn der Rat dem Kreditantrag zustimme.

Eintreten wird nicht bestritten.

Jürg Aebersold erklärt, die SVP-Fraktion habe das vorliegende Projekt genauestens studiert. Er habe seinerseits Gian Weiss mit der Erstellung der ganzen Kostenzusammenstellung geholfen und könne daher relativ viel dazu sagen. Er stehe voll hinter diesem Objekt. Es sei gut, koste halt wieder CHF 1,7 Mio., aber wir würden eine gute Sache dafür erhalten. Er habe 1963 den Kindergarten Horbern, der damals seit 8 Jahren bestanden habe, besucht. Als er am vergangenen Samstag vom Fähribeizli hinauf gekommen sei, habe er zu seiner Frau gesagt, er wolle nun dort einmal hineinblicken. Er habe dabei festgestellt, dass es vermutlich noch Bänkli und Stühle von damals habe; sie würden jedenfalls heute noch gleich aussehen. Es komme nicht von ungefähr, dass es nun so viel Geld koste, da nichts, aber gar nichts gemacht worden sei. Deshalb müssten wir nun in den sauren Apfel beißen. Es werde mit einer Bauzeit von einem guten Jahr gerechnet, weshalb es bei den finanziellen Ressourcen ein Splitting geben werde; es werde nicht alles in einem Jahr gebraucht bzw. eingesetzt werden müssen. Der Zeitpunkt für Ausschreibungen sei im Moment sehr gut und man sollte möglichst rasch ausschreiben, damit möglichst "günstig" gebaut werden könne. Die SVP-Fraktion unterstütze den gemeinderätlichen Antrag.

Beat Wegmüller führt namens der SP-Fraktion aus, man könne sagen: "Endlich wird der Kindergarten Horbern saniert, bevor die ersten Kindergärteler der Horbern in eine Alterswohnung ziehen". Schon seit Jahren befinde sich der Horbern-Kindergarten in einem desolaten Zustand. Vor allem die sanitären Anlagen seien erneuerungsbedürftig und energetisch sei der Kindergarten ebenfalls nicht auf dem neusten Stand. Es mache auch Sinn, den alten Kindergarten an diesem Standort zu sanieren. Die Alternative eines komplett neuen Kindergartens wäre – wie bereits erwähnt – an diesem Standort aus baurechtlicher Sicht kaum zu realisieren. Die Kosten für die Erneuerung und die Erweiterung würden einen stolzen Betrag von rund CHF 1,7 Mio. beinhalten. Im Investitionsplan sei 1 Mio. enthalten; aber wir würden etwas erhalten fürs Geld. Es sei auch zu beachten, dass die Sanierung eines alten Gebäudes, noch unter Berücksichtigung der Denkmalpflege, eben kostenaufwändig sei. Bisher habe fast jedes Bauprojekt kostenmässig günstiger abgeschlossen werden können und es sei zu hoffen, dass dies auch im vorliegenden Fall möglich sei. Die Provisorien während der Bauzeit seien sinnvoll, auch wenn sie zum Teil für Eltern und Kindergärteler mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden seien. Die SP-Fraktion unterstütze das vorliegende Projekt und stimme dem Kredit zu.

Annik Bärtschi erklärt, die FDP/jf-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderats, für die Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Horbern rund CHF 1,7 Mio. zu sprechen. Der Betrag sei hoch. Angesichts der Ausgangslage sei die Fraktion aber der Meinung, dass der Ausgabenbetrag gerechtfertigt sei. Der Kindergarten Horbern sei 1955 erstellt und seither nicht gross erneuert worden. Wie bereits zu hören gewesen sei, seien einige der Anwesenden bereits dort in den Kindergarten gegangen und die Räume würden noch ziemlich gleich aussehen. Mit andern Worten: Es bestehe ein beträchtlicher Nachholbedarf für aufgeschobenen Unterhalt aus vergangenen Jahrzehnten. Der Standort des Kindergartens sei ideal; er befinde sich in der Nähe des Schulhauses, und sei doch separat. Nach dem Konzept der Konzentration der Kindergärten und den Standorten der Unterstufen-Schulhäuser brauche es im Umfeld der Horbern einen Kindergarten. Eine bessere Liegenschaft gebe es nicht. Das Gebäude könne u.a. aus denkmalpflegerischen Gründen nicht abgerissen werden, weshalb einzig die Variante der Sanierung bestehe. Angesichts der stetig wachsenden Anzahl kindergartenpflichtiger Kinder sei klar, dass eine Raumerweiterung vorgenommen werden müsse. Die vorgeschlagene Lösung mit einer Erweiterung im Untergeschoss erscheine sinnvoll. Dass die energetischen Massnahmen mit Augenmass und nicht mit maximalem Aufwand geplant würden, werde von der FDP/jf-Fraktion ebenfalls begrüsst. Die Übergangslösung werde nicht von allen Eltern begrüsst, aber dies sei wohl angesichts der Notwendigkeit der Sanierung

in Kauf zu nehmen. Insgesamt erscheine das Projekt durchdacht und vernünftig. Die FDP/jf-Fraktion unterstütze aus diesen Gründen den Antrag des Gemeinderats.

Patrick Rösli (forum) erklärt, Barbara Künzi habe noch den Blitzschutz angesprochen. Er habe gesehen, dass im Kostenvoranschlag für Elektroanlagen CHF 99'300.00 enthalten seien. Mit dem Blitzschutz von rund CHF 10'000.00 würde dieser Posten demnach rund CHF 110'000.00 ausmachen. Dies würde bedeuten, dass der Gesamtkredit von CHF 1'695'000.00 auf CHF 1'705'000.00 erhöht werden müsste. Man könnte den Blitzschutz unter den Elektroanlagen, Position 239 Diverses, Regiearbeiten, aufnehmen und das Budget um CHF 10'000.00 erhöhen. Es gehe ihm weniger um den Frankenbetrag, als um die Idee von Barbara Künzi mit dem Blitzschutz.

Barbara Künzi führt aus, ein Blitzschutz sei wegen dem Standort des Gebäudes und weil es sich nicht um ein grosses Gebäude handle nicht nötig; es sei geschützt und nicht gefährdet. Sie habe gesagt, wenn das Parlament einen Blitzschutz wünsche, so werde ein solcher installiert. Sie sei aber nicht dafür, den Kredit zu erhöhen, sondern man könnte probieren, den Blitzschutz allenfalls via Vergabungsreserven zu realisieren.

Die Vorsitzende führt aus, Patrick Rösli und Barbara Künzi könnten sich ja bilateral noch über den Blitzschutz unterhalten. Sie persönlich glaube das, wenn ihr jemand sage, das Gebäude sei genügend geschützt.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Christian Spycher als auch Barbara Künzi verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Für die Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Horbern sowie das Unterrichtsprovisorium wird gemäss Bauprojekt und Kostenvoranschlag vom 5. April 2016 ein Verpflichtungskredit von CHF 1'695'000.00 (inkl. MWST) bewilligt.

7 Lehrschwimmbecken Melchenbühl, Instandstellungsarbeiten; Verpflichtungskredit

Peter Kneubühler führt aus, die GPK habe das vorliegende Geschäft einlässlich besprochen und empfehle dem Grossen Gemeinderat einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und für die Instandstellungsarbeiten am Lehrschwimmbecken Melchenbühl einen Verpflichtungskredit von CHF 310'000.00 zu genehmigen. Mit dieser Kredittranche könne die vom Parlament geforderte Sanierung des Lehrschwimmbeckens Melchenbühl vorderhand abgeschlossen werden. Zwei weitere Tranchen seien gemäss Rechnung 2015 (vgl. Seite 32) bereits vom Gemeinderat beschlossen und investiert worden. Die erste Tranche über CHF 163'000.00 am 25. Mai 2015 und die zweite Tranche über CHF 243'000.00 am 22. Juni 2015. Der heute zur Diskussion stehende Kredit von CHF 310'000.00 mache somit etwa zwei Fünftel der in der vorliegenden Botschaft genannten totalen Investitionskosten von rund CHF 750'000.00 aus. Mit dieser letzten Tranche sollten insbesondere die in die Jahre gekommenen Garderoben und Duschen, aber auch die Badehalle und das Bassin auf Vordermann gebracht werden. Nach Ausführung der Instandstellungsarbeiten, die grösstenteils während der Sommerferien stattfinden würden, stelle die Gemeinde den Benützern ab dem neuen Schuljahr ein rundum erneuertes Lehrschwimmbecken Melchenbühl zur Verfügung. Auch wenn dies die Benutzer künftig etwas mehr koste,

erlaube er sich als GPK-Sprecher, wieder einmal ein bekanntes geflügeltes Wort zu bemühen: "Freude herrscht"!

Barbara Künzi erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, der GPK-Sprecher habe eigentlich schon alles gesagt. Sie könne sich gut daran erinnern, wie ein Rauschen durch den Blätterwald gegangen sei, als der Gemeinderat beschlossen habe, das Lehrschwimmbecken wegen hoher Kosten zu schliessen. Nun liege die Quittung vor bzw. es sei teilweise bereits quittiert worden, da zwei Kredite vom Gemeinderat bereits gesprochen worden seien. Der erste Kredit sei für die ausgefallene Steuerung gewesen, der zweite für undichte Fugen. Sie bitte den Rat, dem Kredit zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Matthias Gubler führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe an ihrer Sitzung vom vergangenen Donnerstag den Objektkredit für die Instandstellungsarbeiten am Lehrschwimmbecken Melchenbühl besprochen und auch gutgeheissen. Das Parlament müsse zu diesem Kredit Stellung nehmen, da der Investitionsbetrag mit CHF 310'000.00 über dem bewilligungspflichtigen Betrag von CHF 250'000.00 liege. Der Gemeinderat habe ja im Herbst 2013 verkündet, das Lehrschwimmbecken aufgrund der Strukturüberprüfung auf Sommer 2014 schliessen zu wollen. Aufgrund heftiger Diskussionen und von zwei Motionen und einer Interpellation habe der Gemeinderat verschiedene Varianten geprüft und danach seinen Entscheid zurückgezogen. Der Rat habe lange über die Beibehaltung debattiert und sich dann grossmehrheitlich für die Beibehaltung ausgesprochen. Er sei dafür gewesen, dass eine Gemeinde wie Muri-Gümligen sich ein eigenes Lehrschwimmbecken sollte leisten können und nun würden halt auch die Kosten anstehen, die ein solches mit sich bringe. Deshalb sei es logisch, dass man nun auch dem Verpflichtungskredit für die Renovationen bzw. Sanierungen zustimme. Die FDP/jf-Fraktion finde das Konzept ausgewogen und es ermögliche, dass wir eben das Hallenschwimmbad in Muri-Gümligen hätten. Sie stimme deshalb dem Verpflichtungskredit zu.

Adrian von Gunten erklärt, gerne nehme er für die SVP-Fraktion zum vorliegenden Geschäft kurz Stellung. Die SVP-Fraktion empfehle dem Rat, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Über die Erhaltung des Hallenbades Melchenbühl habe der Rat – und auch die Sportkommission – ja bereits ausführlich diskutiert. Bekanntlich habe der Rat der Weiterführung zugestimmt und nun müsse er auch den fälligen Instandstellungsarbeiten sowie den nötigen Ersatzanschaffungen seine Zustimmung erteilen; frei nach dem Motto: "Wer A sagt, muss auch B sagen". Die gesamte Sanierung des Hallenbades werde sich sicher positiv auf die bessere Nutzung resp. Auslastung auswirken. Dieses Ziel müsse definitiv weiter verfolgt werden, damit der Kostendeckungsgrad gesteigert werden könne. Auch ihm sei bewusst, dass dies nur eine geringfügige Steigerung zu bewirken vermöge, aber immerhin. Trotz der hohen Kosten sei es doch sehr positiv und auch erwähnenswert, dass für die Instandstellungsarbeiten vor allem das lokale Gewerbe berücksichtigt werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Peter Kneubühler als auch Barbara Künzi verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Für Instandstellungsarbeiten gemäss Kostenvoranschlag vom 23. März 2016 am Lehrschwimmbecken Melchenbühl wird ein Verpflichtungskredit von CHF 310'000.00 bewilligt (inkl. MWST).

8 Sportzentrum Füllerich; Sanierung der Gebäude und der Aussenanlagen; Kreditabrechnung

Jürg Stettler führt namens der GPK aus, vielleicht könne man hier nicht gerade sagen "Freude herrscht", aber z.B. "was lange währt wird endlich gut" oder "Ende gut, alles gut". Es sei eine lange Geschichte gewesen und es sei viel Geld verbaut worden. Das Geschäft habe mit einer Sparmassnahme angefangen; es seien CHF 700'000.00 eingespart worden, bevor mit dem Bau begonnen worden sei. Dies wäre eventuell ein Vorgehen, das man auch für andere Vorhaben wählen könnte, nämlich dass man mit allen Beteiligten schaue, ob möglicherweise Einsparpotenziale vorhanden seien. Dies würde seitens der GPK sehr begrüsst. Es habe einen Architektenwechsel und einen Bauleitungswechsel gegeben und ein Unternehmen sei Konkurs gegangen. Schlussendlich sei man aber "so gäbig im Hick" gewesen und man könne sagen, dass wir mit einem blauen Auge davongekommen seien. Die Benutzer der Anlage hätten Freude und die BEakom-Anforderungen seien erfüllt. Seitens der GPK gebe es keinen Grund, diesem Geschäft nicht zuzustimmen.

Barbara Künzi erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, der Rat / das Stimmvolk hätten ihr / der Bauverwaltung / der ad hoc-Baukommission CHF 4,6 Mio. für die Sanierung des Sportzentrums Füllerich in die Hand gedrückt. Sie präsentiere dem Rat eine Abrechnung mit einer Kreditunterschreitung. Sie möchte die Zahlen auf Seite 3 der Botschaft noch wie folgt verdeutlichen: Es sei ein Kredit von CHF 4,6 Mio. gesprochen worden, +/- 10 %, inkl. Reserven von CHF 280'000.00. Ziehe man die Reserven ab, so komme man auf CHF 4'320'000.00; dieser Betrag sei im Rahmen von CHF 102'203.00 überschritten worden. Damit habe man unterhalb des Kredits abschliessen können, habe aber einen Teil der Reserven antasten müssen. Zum vom GPK-Sprecher erwähnten "blauen Auge": Der Konkurs des Unternehmers sowie der Wechsel des Bauleiters während der Bauphase seien angesprochen worden. Sie müsse aber der Bauverwaltung der Gemeinde ein Kränzlein winden; alle hätten "gespurt", inkl. Jürg Dällenbach im Füllerich. Alle, die im Füllerich einzeln oder in einem Verein Sport treiben würden oder die Kinder hätten, welche dort den obligaten Turnunterricht betreiben würden, hätten sich sicher davon überzeugen können, dass die Sanierung gut herausgekommen sei, auch wenn sich viel, was gekostet habe, hinter den Wänden verberge. Sie gehe auf die Unter- bzw. Überschreitungen des Kostenvoranschlags nicht ein. Es sei für Sebastian Mävers ein Riesenaufwand gewesen, den Kostenvoranschlag von Haemmig + Haaf und die Abrechnung von Allmen auseinanderzunehmen. Man habe es aber schlussendlich geschafft, eine verständliche Abrechnung vorzulegen. Sie wolle noch ankünden – und manchmal habe sie etwas Mühe damit, dass man einerseits nicht zu viel ausgeben dürfe, andererseits zu wenig Investitionen realisiere –, dass sie in der GGR-Sitzung vom Juni mit einem Investitionsantrag für die Aussenanlagen kommen werde. Dieser werde sich ebenfalls in einem relativ hohen Bereich bewegen. Der Gemeinderat habe dafür auch eine ad hoc-Baukommission eingesetzt und diese sei im Januar bei Schnee und Regen 2 Stunden auf dem Füllerich umhergelaufen und habe jedes einzelne Detail aufgenommen. Man habe die Punkte dann priorisiert und in der Botschaft werde transparent dargelegt, wo nichts mehr gemacht, wo etwas aufgehoben oder wo erneuert werde. Sie bitte den Rat, die vorliegende Abrechnung zu genehmigen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Elisabeth Mallepell führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe die Kreditabrechnung der Sanierung des Sportzentrums Füllerich angeschaut und sei wiederum erfreut über die Kreditunterschreitung. Einmal mehr zeige sich der sorgfältige Umgang mit den Gemeindefinanzen; man habe gehört, dass zwischendurch viel passiert sei. Barbara Künzi habe schon erwähnt, dass viele Sanierungsmassnahmen nicht auf den ersten Blick sichtbar seien:

- Technische Elektroanlagen: seien verborgen in den Wänden
- Lichtenanlagen: wenn man gut schaue sehe man sie vielleicht
- Heizverteilung: sehe man weniger gut
- Fassadenoberflächen: vielleicht auch nur, wenn man genau hinschaue

Es handle sich bei dieser Aufzählung nur um einen Teil der Sanierungen. Der Heizenergieverbrauch der Turnhalle betrage nun weniger als die Hälfte dessen, was vor der Sanierung erforderlich gewesen sei. Dies mache deutlich, dass die Sanierung nach 25 Jahren dringend nötig gewesen sei. Das Gebäude präsentiere sich nun frisch, zeitgemäss und benutzerfreundlich. Die FDP/jf-Fraktion danke dem Ressort Bau für die sorgfältige Umsetzung des Sanierungsprojekts – trotz allem, was dazwischen gekommen sei – und stimme dem Antrag zu.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Jürg Stettler als auch Barbara Künzi verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Die Kreditabrechnung für die Sanierung der Gebäude und der Aussenanlagen des Sportzentrums Füllerich wird genehmigt. Bei einem bewilligten Kredit von CHF 4'600'000.00 schliesst die Sanierung mit Kosten von CHF 4'422'203.95 und einer Kreditunterschreitung von CHF 177'796.05 ab.

9 Rahmenkredit baulicher Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2016

Die Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, es handle sich vorliegend um ein Geschäft, welches der Gemeinderat dem Parlament jedes Jahr präsentiere. Er wiederhole, dass gemäss Roadmanagement eigentlich ein Betrag von CHF 600'000.00 empfohlen werde. Es gehe dabei um die Planung über unsere Strassen, damit ein Unterhalt garantiert werden könne, welcher benötigt werde, um nicht in einen zu grossen Rückstand zu geraten. In den letzten Jahren seien vom Parlament jeweils CHF 500'000.00 bewilligt worden. Es zeige sich, dass man nicht zuletzt aufgrund personeller Ressourcen und Kapazitäten – die Projekte seien teilweise recht umfangreich – entsprechend habe zurückbuchstabieren müssen. Es bringe nichts, irgendwo zu investieren, wenn man dann die Massnahmen nicht umsetzen könne. Im Moment seien die CHF 500'000.00 zu verantworten. Man arbeite daran, dass dieser Betrag wirklich gebraucht werde, im Gegensatz zu letztem Jahr, als man zu Gunsten des Kindergartens der Kollegin vom Ressort Bau gespart habe bzw., "Spass beiseite", zu einem guten Rechnungsabschluss beigetragen habe. Unbekannt sei, was passieren könnte, wenn ein Vorfall unter dem Boden eintreten würde. Wenn z.B. die gbm Leitungen sanieren müssten, wären wir irgendwann auf der Fahrbahn resp. auf der Oberfläche gefragt und dann müsste – je nachdem was passiert sei – ein grösserer oder kleinerer Betrag eingesetzt werden. Aber er weise hier auf die in der Botschaft erwähnte Manövriermasse von CHF 150'000.00 hin, welche in einem

solchen Fall allenfalls eingesetzt werden könnte. Er mache dem Rat beliebt, das Geschäft wie beantragt zu bewilligen. Die Verwaltung vermöge dies "zu stemmen" und die im Jahr 2016 vorgesehenen Projekte auszuführen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Das Schlusswort wird weder von jemandem aus der GPK noch von Christian Staub verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2016 wird ein Rahmenkredit von CHF 500'000.00 bewilligt.
2. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

10 **Postulat Regionalkommission Muri BE; Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller führt aus, er glaube, bei diesem Postulat handle es sich um ein Novum. Nicht vom Inhalt her, sondern weil vermutlich das erste Mal eine Kommission ein Postulat eingereicht habe. Auch wenn die Zukunft der Schaffung einer Kernregion Bern noch in den Sternen liege, sei die Vision langfristig bei allem Wenn und Aber auf allen möglichen Ebenen behutsam anzugehen. In verschiedenen Agglomerationsgemeinden seien ähnliche Postulate eingereicht worden. Der Gemeinderat der Stadt Bern habe am 27. April 2016 beschlossen, dem Stadtrat ein interfraktionelles Postulat zum gleichen Thema zur Überweisung zu unterbreiten. Er danke dem Gemeinderat auch im Sinn der Regionalkommission, dass er bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Er bitte daher den Rat, das Postulat zu überweisen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Regionalkommission Muri BE; Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen wird überwiesen.

11 **Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen**

Neue Schalteröffnungszeiten Kapo-Posten Gümligen

Christian Staub führt aus, die Kantonspolizei passe aufgrund des veränderten Besucherverhaltens die Schalteröffnungszeiten in den Gemeinden der Region Bern – Stadt Bern und Umgebung – an. Unsere Gemeinde gehöre ebenfalls dazu und sei deshalb direkt tangiert von dieser Entscheidung. Für den Posten Gümligen bedeute dies:

- Es würden künftig keine garantierten Öffnungszeiten mehr angeboten. Bis anhin habe es von Montag-Freitag fixe Schalteröffnungszeiten gegeben.
- Die Anzahl der Mitarbeitenden – und dies wolle er hier ausdrücklich betonen – der Wache Gümligen bleibe unverändert. Es handle sich also nicht um eine Massnahme der Polizei, dass punkto Personal Einsparungen gemacht werden

sollten, sondern die 4-5 Mitarbeitenden in Gümligen würden nach wie vor auf der Wache verbleiben.

- Durch die Neuregelung der Öffnungszeiten sollten die Mitarbeitenden vermehrt im Gemeindegebiet im Aussendienst eingesetzt werden. Stichwort: Sichtbare Präsenz! Dies könne nur in unserem Interesse sein.
- Kurze Interventionszeiten sowie angepasste präventive Präsenz würden dadurch garantiert; dies eine Aussage bzw. Zusicherung des Regionenchefs.
- Wenn die Wache nicht besetzt sei, könne vor Ort jederzeit via Gegensprechanlage Kontakt mit der Polizei aufgenommen werden. Auch hier seien wir im elektronischen Zeitalter angelangt.
- Bei Anwesenheit von Mitarbeitenden der Kapo auf der Wache würden weiterhin unangemeldet Anzeigen entgegengenommen, so wie bisher. Es sei auch möglich, Anzeigen online einzureichen (unter www.police.be.ch).
- Wer gerne – so wie z.B. er selber – mit einem Polizisten eine Anzeige besprechen würde, könne dies nach telefonischer Terminvereinbarung auf dem Polizeiposten Gümligen tun. Der Polizist komme gegebenenfalls sogar zu einem nach Hause; man müsse dann halt darauf achten, dass die Nachbarschaft dies nicht gerade beobachte und sich frage, was der Polizist da mache.

Bei einem Gespräch mit dem Chef Regionalpolizei Bern, Manuel Willi, und dem Bezirkschef, Marco Blaser, hätten sich Thomas Hanke und er im Detail über die Absichten informieren lassen. Dabei habe Manuel Willi ein Bekenntnis abgegeben, weiterhin den Posten Gümligen offen zu halten. Es könne also nicht sein, dass dort einmal ein roter Kleber "geschlossen" angebracht sei. Die Forderung nach einem Posten in der Gemeinde sei ganz klar gestellt worden. Seitens der Polizei sollte dem auch nachgelebt werden können, bedinge aber einfach gewisser Änderungen punkto Öffnungszeiten. Man habe dieses Bekenntnis gerne zur Kenntnis genommen und werde spätestens dann, wenn wir die Dienstleistungen nicht mehr erhalten würden, auf die Barrikaden steigen; dies sei bereits angekündigt worden. In den Lokal-Nachrichten vom kommenden Donnerstag und auch in den Tageszeitungen werde eine entsprechende Medienmitteilung der Kapo zu finden sein.

12 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion forum betreffend kultur-historische Informationstafeln

Der Gemeinderat wird beauftragt, interessante kultur-historische Informationen über Muri-Gümligen an geeigneten Stellen mittels Informationstafeln öffentlich zugänglich zu machen.

Überlegungen:

Die Gemeinde Muri-Gümligen verfügt über eine lange Geschichte und zahlreiche kulturell interessante Gebäude. Entsprechende kultur-historische Informationen fehlen allerdings bis heute im öffentlichen Raum. So sucht man an der Thunstrasse beispielsweise vergeblich nach Informationen zum Schloss Muri. Auch im Eingangsbereich der Villa Mettlen wird man nicht fündig - dort hängt lediglich die Parkordnung öffentlich aus.

Einige alt eingesessene und interessierte Muri-Gümliger mögen wissen, was es mit solchen Gebäuden auf sich hat. Für den Rest der Bevölkerung oder für Besucher der Gemeinde ist dies jedoch anders. Für sie müsste die Information aufbereitet und vor Ort zugänglich gemacht werden, denn nur wenige werden sich aus eigener Initiative in der Bibliothek oder im Internet kundig machen.

Dabei geht es einerseits darum, die kulturellen Schätze und historischen Orte der Gemeinde besser sichtbar zu machen. Seien dies Schloss Muri oder Gümligen (mit

Hofgut), die Villa Mettlen, das alte und neue Gemeindehaus, das alte Dorfzentrum Gümligen und die Bedeutung des SBB Bahnhofs für die Entwicklung der Gemeinde, die Kirche Muri oder die Flurnamen Seidenberg, Kräyigen und Märchligen - um einige Beispiele zu nennen.

Andererseits sind öffentlich zugängliche Informationen zu Geschichte und Kultur auch deshalb wichtig, weil sie eine gemeinsame Identität und den Bezug zu einem Wohnort verstärken. Welche Geschichte hat Muri-Gümligen? Welche Gebäude zeugen davon? Welche Kuriositäten gibt es zu bestaunen? Je besser wir unsere Wohnumgebung kennen, umso mehr schätzen und sorgen wir für diesen Ort.

Für die Umsetzung wird eine Projektgruppe unter der Leitung der Kultur-Kommission vorgeschlagen. Hauptaufgabe der Projektgruppe wäre die Auswahl der Standorte und die Erarbeitung der Texte und Bilder, gestützt auf die bereits vorhandenen Informationen bei der Gemeindeverwaltung und unter angemessener Berücksichtigung von Vorschlägen aus der Bevölkerung.

Unter Umständen wäre es auch sinnvoll, kultur-historische Spaziergänge zusammenzustellen. Zudem sollte eine entsprechende Kommunikation sichergestellt werden: Informationen sollten z.B. auf der Webseite der Gemeinde auffindbar sein und Neuzuzüglern in geeigneter Form zur Kenntnis gebracht werden.

Der Vorschlag für kultur-historische Informationstafeln wurde der Kultur-Kommission zur Kenntnis gebracht und im Grundsatz begrüsst.

Muri-Gümligen, 24. Mai 2016

G. Siegenthaler Muinde

J. Stettler, S. Kempf, P. Rösli, K. Jordi, B. Wegmüller, R. Racine, R. Waber, B. Schneider, A. von Gunten, E. Schmid, R. Mäder, Ch. Spycher (13)

Postulat forum betreffend Mitwirkung der Bevölkerung bei der Neugestaltung "Bahnhof Gümligen"

Der Gemeinderat wird eingeladen zu prüfen, wie die Bevölkerung bei der Neugestaltung der Umgebung des Bahnhofs Gümligen angemessen einbezogen werden kann.

Überlegungen:

Gemäss Investitionsplan ist vorgesehen, 2016 Arbeiten unter dem Stichwort "Areal Bahnhof Nord / Begegnungszone" durchzuführen. Budgetiert sind dafür CHF 300'000.

Die Umgebung des Bahnhofs Gümligen (Nord, aber auch Süd) ist für die Bevölkerung in der Tat wenig attraktiv. Zudem fehlt es an einem Gesamtkonzept für dieses Gebiet, für dessen Positionierung als Zentrumszone mit Ausstrahlung auf umliegende Gebiete und für die Nutzung durch die Öffentlichkeit. Die Aufgabe wird dadurch erschwert, dass verschiedene Grundeigentümer beteiligt sind.

Die Bevölkerung hat ein eminentes Interesse an einer überzeugenden Gestaltung der Umgebung des Bahnhofs. Gerade angesichts des beschränkten Gestaltungsspielraums der Gemeinde infolge der Eigentumsverhältnisse wäre es sinnvoll, die Meinung der Bevölkerung zu erheben und diese in den Abwägungsprozess zwischen öffentlichen und privaten Interessen prominenter einzubringen.

Zudem ist ein Projekt für eine Begegnungszone nur dann erfolgreich, wenn die geschaffene Zone auch genutzt wird. Es ist somit unabdingbar, die Bedürfnisse und Wünsche der Nutzerinnen und Nutzer nicht einfach "anzunehmen", sondern diese auch tatsächlich in Erfahrung zu bringen. Darüber hinaus gilt es, wissenschaftliche Erkenntnisse zum Zusammenhang zwischen Raumgestaltung und Wohlbefinden zu nutzen.

Muri-Gümligen, 24. Mai 2016

J. Stettler

G. Siegenthaler Muinde, P. Rösli, K. Jordi, S. Kempf, B. Wegmüller, R. Racine, R. Waber, B. Schneider, E. Schmid, R. Mäder, R. Lauper, F. Schwander, J. Aebersold, F. Burkhard (15)

**Interpellation Racine (SP) betr. Begegnungszone Zentrum Moos:
Traum oder Wirklichkeit**

Am 27. November 2016 finden die nächsten Gemeindewahlen statt. Alle politischen Parteien haben ein grosses Interesse daran, im öffentlichen Raum mit Aktionen aufzutreten.

Die Situation für Öffentlichkeitsarbeit politischer Gruppierungen ist in Muri-Gümligen jedoch unbefriedigend. Im Jahr 2012 wurde die neue Begegnungszone „Zentrum Moos“ mit einer Feier eingeweiht. Es liegt auf der Hand, dass diese Begegnungszone auch für politische Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden soll.

Die momentane Situation stellt sich im Zentrum Moos nun so dar, dass verschiedene private Unternehmen zu den Baurechtsnehmern oder Mietern gehören. Prompt wurde der SP Muri-Gümligen dann im Juni 2015 eine Standaktion zu einer Unterschriftensammlung nicht bewilligt. Es hängt deshalb allein vom „Goodwill“ des jeweiligen Unternehmens ab, ob politische oder anderweitige Öffentlichkeitsarbeit geduldet wird oder nicht.

Ich habe nun folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Wo in der „Begegnungszone“ Zentrum Moos ist Platz für politische Öffentlichkeitsarbeit (insbesondere Standaktionen) vorgesehen?
2. Wo sonst, an gut frequentierten Orten in der Gemeinde sieht der Gemeinderat Möglichkeiten für Standaktionen und weitere politische Öffentlichkeitsarbeit?
3. Ist der Gemeinderat mit der Entwicklung der Begegnungszone Zentrum Moos zufrieden oder sieht er Optimierungspotential?

24. Mai 2016

Raphael Racine

D. Arn, E. Mallepell, M. Gubler, P. Rösli, R. Waber, E. Schmid, B. Wegmüller, L. Müller Frei (9)

Interpellation Kneubühler (FDP) betr. Aufhebung von Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen

In den vergangenen Wochen sind in verschiedenen Quartieren unserer Gemeinde Fussgängerstreifen (FGS) in Tempo-30-Zonen demarkiert und aufgehoben worden. Diese FGS-Entfernung ist in den betroffenen Quartieren vielfach auf grosses Unverständnis gestossen und hat teilweise heftige Reaktionen und sogar Proteste ausgelöst.

Bei der vor rund zehn Jahren durchgeführten gestaffelten Errichtung von Tempo-30-Zonen in Muri-Gümligen haben die zuständigen Gemeindebehörden zusammen mit den Quartierorganisationen und Verkehrsexperten Quartierbegehungen vorgenommen und jeden einzelnen FGS überprüft. Nicht zuletzt aus Gründen der Verkehrssicherheit (vor allem zur Gewährleistung der Schulwegsicherheit) wurden in der Folge bestimmte FGS – im klaren Wissen darum, dass es in Tempo-30-Zonen grundsätzlich keine FGS geben sollte – stehen gelassen.

Im Zusammenhang mit der erfolgten Aufhebung von FGS ersuche ich den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele FGS in Tempo-30-Zonen gab es Ende 2015 in der Gemeinde Muri b. Bern?
2. Wie viele dieser FGS wurden seit Anfang 2016 aufgehoben? Und wo genau (Quartier und Strasse) befanden sich die entfernten FGS?
3. Woher kam der ursprüngliche Anstoss zur Aufhebung dieser FGS?
4. Wer genau gab letztlich den Auftrag, diese FGS aufzuheben? Liegt dieser FGS-Aufhebung ein Gemeinderatsbeschluss zugrunde?
5. Wurde die FGS-Aufhebung vorgängig in der Planungs- und Verkehrskommission (PVK) traktandiert und diskutiert? Falls ja, welche Empfehlung hat die PVK mit welcher Begründung zuhanden des Gemeinderats verabschiedet? Falls nein, warum nicht?
6. Wurden im Vorfeld der Aufhebung dieser FGS die Quartierorganisationen von der Gemeinde zur Stellungnahme eingeladen oder wenigstens vorinformiert? Falls nein, warum nicht?
7. Aufgrund welches Konzepts und/oder nach welcher Systematik wurden die entsprechenden FGS aufgehoben?
8. Warum wurden in den Tempo-30-Zonen gewisse FGS entfernt, andere jedoch stehen gelassen?
9. Ist vorgesehen, sämtliche FGS in allen Tempo-30-Zonen aufzuheben oder werden gewisse FGS stehen gelassen? Falls Letzteres zutrifft, aus welchen Gründen wird auf die Entfernung gewisser FGS verzichtet?
10. Welches ist der Einfluss des Berichts zur Schulwegsicherheit auf die FGS-Aufhebung? Und wie wird die Schulwegsicherheit nach Aufhebung der FGS weiterhin gewährleistet?
11. Lässt es die gesetzliche Grundlage im Sinne von Ausnahmebestimmungen zu, die entfernten FGS wieder zu markieren? Falls ja, ist der Gemeinderat bereit, dies zu tun? Falls nein, warum nicht?
12. Ist der Gemeinderat bereit, anstelle der entfernten FGS allenfalls bauliche Massnahmen vorzunehmen, um insbesondere die Schulwegsicherheit auch in Zukunft zu garantieren?

Mitteilungen

Die Vorsitzende erklärt, sie habe heute mit Thomas Marti betreffend Littering telefoniert. Sie habe sich erkundigt, was im Füllerich passiere, wenn jeweils am Sonntagmorgen Unrat herumliege. Sie habe dort auch schon den Spielplatz aufgeräumt, als Scherben und sonstiges herumgelegen hätten. Letztes Jahr sei ja ein Postulat eingereicht worden und sie wolle den Rat informieren, dass die Gemeinde nun jeweils am Sonntagmorgen die Kehrichtkübel leeren werde, damit diese nicht am Sonntagmorgen schon übervoll seien und die Leute den Kehricht wieder in die Kübel werfen könnten. Wenn die Kübel schon voll seien, liege logischerweise Unrat herum. Sie erinnere daran, dass sie gesagt habe, dass aus dem Parlament sicher einige – jedenfalls sie selber – bereit wären, einmal helfen zu kommen. Es sei also möglich, dass eine kurzfristige Anfrage komme und die Ratsmitglieder zur Mithilfe aufgefordert würden; anschliessend könne man zusammen zu einem Brunch gehen. Es handle sich vorderhand um eine Idee; es wäre aber schön, wenn zum gegebenen Zeitpunkt einige Ratsmitglieder mitkommen würden.

Die Vorsitzende verweist weiter auf die aufliegende Einladung zum Ratsausflug. Sie ersuche darum, An- und Abmeldungen Karin Pulfer zugehen zu lassen, und zwar bis spätestens am 17. Juni 2016. Es handle sich um eine interessante Sache, wie Karin Pulfer in der Einladung geschrieben habe. Die Führung in der Haco sei eine exklusive und einmalige Gelegenheit und man müsse sich aufgrund der Hygienevorschriften auch entsprechend anziehen. Dies sei mit ein Grund, weshalb die Betriebe eigentlich keine Führungen mehr durchführen würden. Das Nachtessen werde im Restaurant Acappella stattfinden. Es könnten also mehr oder weniger alle zu Fuss oder mit dem Velo kommen; es sei keine grosse Verschiebung vorgesehen. Es wäre schön, wenn möglichst alle dabei wären.

Die Vorsitzende erklärt, ans Training Ende April seien einige gekommen, es sei ganz lustig gewesen und sie könnte dies für ein anderes Mal empfehlen. Im Zusammenhang mit der Anmeldung für den Murilauf würde sie anbieten, nochmals ein solches Training durchzuführen; sie werde dies auf dem Mailweg vorschlagen. Sie bitte an dieser Stelle alle, die einigermaßen rennen könnten, am Murilauf mitzumachen, dies auch in Anerkennung für den Dorfverein, der den Lauf immer durchführe. Es sei ja im Übrigen Wahljahr, sie sei am Mikrofon und könnte schon noch etwas beitragen.

Die Vorsitzende verweist auf die Europameisterschaften im Kunstturnen, welche morgen beginnen würden. Das Detailprogramm finde man im aufliegenden Flyer. Es habe noch freie Plätze, abgesehen von den Finaltagen. Ausverkauft sei sicher der 5. Juni, wenn der Frauenfinal und Juniorinnenfinal stattfinde; es werde eine Medaille für Giulia Steingruber erwartet.

Die Vorsitzende kommt zurück auf das abgegebene Sitzungsgeld. Es sei nicht die Idee, dass die Ratsmitglieder nun jedes Mal das Sitzungsgeld vorher erhalten würden. Sie habe immer die Reklame im Fernseher darüber gesehen, anhand von was man feststellen könne, ob die 50er Note echt sei. Sie habe das aufliegende Büchlein über die neue 50er Note bei der Nationalbank geholt und daraus ersehe man, wovon gesprochen werde.

Die Vorsitzende erklärt, das heutige Apéro habe die SP gespendet. Die Getränke habe Tinu Grütter bereitgestellt und man möge bitte, wie die letzten Male, einen Obolus dafür hinlegen. Welche Fraktion das nächste Mal an der Reihe sei, werde sie noch bestimmen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Jürg Aebersold (SVP) erklärt, er habe noch eine Frage an den Gemeinderat: Anlässlich der Sitzung vom 20. Oktober 2015 habe das Parlament das Geschäft Desinvestition Liegenschaft Brügglweg 2 beraten. Wie der heutige Stand sei? Ob die Liegenschaft verkauft worden und die Anzahlung erfolgt sei?

Thomas Hanke führt aus, er verweise auf das in der letzten GGR-Sitzung Gesagte; der Kaufvertrag sei noch nicht unterschrieben.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Ruth Raaflaub

Anni Koch